

Gebraucht, beklatscht - aber bestimmt nicht weiter so!

Unter diesem Motto haben Beschäftigte der sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen ein Ultimatum gestellt. 100 Tage hatten Klinikleitungen und politisch Verantwortliche Zeit. 100 Tage, in denen sie Tarifverhandlungen über mehr Personal und Entlastung an den 6 Unikliniken hätten auf den Weg bringen können.

Es geschah - nichts. In einer Urabstimmung stimmten deshalb 98,31 Prozent der verdi-Organisierten für einen Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Am 4. Mai war der erste Streiktag.

Die Beschäftigten fordern eine Zeitenwende ein.

Gefordert wird, wie in anderen Kliniken auch, ein Entlastungstarifvertrag mit Vereinbarungen, die Entlastung für alle Bereiche und Berufsgruppen regeln soll. Denn Krankenhaus ist Teamarbeit.

Dabei definieren die Beschäftigten selbst ihre Überlastungsprobleme und welche Entlastungsregelungen sie für notwendig halten. Das betrifft die Pflege als größte Berufsgruppe in den Kliniken genauso wie therapeutische Berufe, Ambulanzpersonal, Funktionsdienste, Servicekräfte, Transportdienste, Lager- und Logistikpersonal bis hinein in die Verwaltungsberufe und -tätigkeiten.

Es sind Regelungen wie z.B.:

- Statt PpUG *) Einführung eines besseren Personalschlüssels, hier PPR 2.0*)
- Belastungspunkte für Arbeiten in Bereichen, für die es keine oder unzureichende Einarbeitung gibt, arbeiten in unterbesetzten Schichten, bei Übergriffen auf das Personal, usw..
- Es geht auch um die Qualität der Ausbildung. Unzureichende Personalausstattung und Überlastung hat in den letzten Jahren zu einer deutlichen Reduzierung der Ausbildungsqualität geführt. Die Azubis sind die Fachkräfte von morgen, daher braucht es gute Ausbildungsbedingungen, um diese auch langfristig im Beruf zu halten.
- Die Beschäftigten wissen selbst sehr genau, wo es brennt und wo es die größten und wichtigsten Baustellen gibt, die sofortige Abhilfe benötigen.

Die Berliner Klinik Charité wirbt inzwischen sogar mit ihrem Haustarifvertrag. Sie sieht Entlastung – nach der Zangengeburt - inzwischen als Wettbewerbsvorteil. Wir sehen das als notwendig für Alle.



*) **PflegepersonalUnterGrenzen / PflegePersonalRegelung**

„Entlastung in Pflegeberufen ? Das ist bei uns Chep-Sache“

heißt es auf den digitalen Plakaten der Charité. Der Slogan bezieht sich auf das Punktesystem „Chep“, das die Beschäftigten gezielt entlasten soll und von ihnen in einem wochenlangen Arbeitskampf durchgesetzt wurde.

Es gelten nun Personalschlüssel und Regeln, wie Bereiche besetzt sein müssen. Werden die Vorgaben nicht eingehalten, gibt es diese Chep-Punkte, die für Freizeit, Zuschüsse bei der Kinderbetreuung, Altersteilzeit oder Sabbaticals genutzt werden können. Es geht um Arbeitszeiten, die ins Leben passen, verlässliche Dienstpläne und Urlaubsplanung.

Diese Regelungen führen zu einem doppelten Effekt: Zum einen wird die entstandene Belastung durch Entlastung zumindest teilweise kompensiert. Und zum anderen muss der Arbeitgeber organisatorische Maßnahmen treffen und Personal gewinnen, um weiteren Personalausfall durch die Entlastungstage zu vermeiden.

Bleibt zu sagen: Berufsanfänger oder Berufsaussteiger oder -rückkehrer gehen dorthin, wo es bessere Arbeitszeiten, wo es verlässliche Dienstzeiten und Urlaubsplanung gibt.



Das brauchen wir auch in Karlsruhe

Denn auch wenn Arbeitgeber und Politik es immer wieder behaupten:

Der Pflegenotstand in den Krankenhäusern ist nicht entstanden, weil es zu wenig Pflegekräfte gibt.

Laut einer neuen Studie der Hans Böckler Stiftung stünden mindestens 300.000 Vollzeit-Pflegekräfte in Deutschland durch Rückkehr in den Beruf oder Aufstockung der Arbeitszeit zusätzlich zur Verfügung – sofern sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege deutlich verbessern.

Also: Entlastung vor!

Bisher gibt es bundesweit 16 Kliniken mit Entlastungstarifverträgen. Mit den Unikliniken in NRW können es 22 werden.

So - Weiter so!

Hundert Milliarden Geld ist genug da

Aus den letzten Tarifverhandlungen für die kommunalen Betriebe 2020 ist erinnerlich, dass der VKA-Chef Mädge die notwendigen Gehaltsforderungen mit dem Kommentar ablehnte, es sei Corona, die Kassen seien leer. So gab er seiner Wertschätzung für die Arbeit auch des Krankenhauspersonals Ausdruck in der Pandemie. Das, was dann zugestanden wurde für eine 3-jährige Laufzeit, ist angesichts der Inflationsrate von 7,5% inzwischen verdampft. Nun sind die Kolleg*innen des Sozial- und Erziehungswesens im Tarifikampf. So wie es aussieht, will man ihnen sogar einen Lohnverlust aufzwingen. Heute würde VKA-Chef Mädge vielleicht sagen, es ist Krieg, die Kassen sind leer.

Leer?

Die Bundesregierung hat ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro hervorgezaubert! Niemand, nicht mal der VKA-Chef kann mehr sagen, es ist kein Geld da. Da die Bundesregierung sich durch ihren Amtseid verpflichtet hat, Wirtschaftspolitik nicht anders zu betreiben als zum „... Wohle des deutschen Volkes ...“, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden ...“ – ist unbestreitbar, dass ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialwesen als Lebensgrundlage und Daseinsfürsorge an erster Stelle stehen muss.

Mit diesem Geld muss nun zuallererst die Funktionsfähigkeit der Krankenhäuser und Pflegeheime wiederhergestellt, die vielfach durch den Mangel an Pflegekräften nur noch eingeschränkt funktionieren (geschlossene Stationen und OP-Säle etc.). Die Ausdünnung des Personals auf den Stationen ist zum Teil für die Patienten schon lebensgefährlich und für die Pflegekräfte so erschöpfend, dass sie in Teilzeit oder ganz aus dem Beruf gehen, wodurch die Situation noch katastrophaler wird. Eine deutlich höhere Bezahlung der Pflegekräfte ist der notwendige erste Schritt, um neues Personal zu gewinnen und Ausgebildete, die den Beruf verlassen haben, zurückzugewinnen. Das kann dazu genutzt werden, die Personalbesetzung so auszustatten, dass die Arbeit auf den Stationen überlastungsfrei wird und die Pflegekräfte ihre Fähigkeiten endlich für eine sicherere und bessere Betreuung der Patienten einbringen können.

Wer sich jetzt nicht dafür einsetzt, die 100 Milliarden zu beanspruchen für die Verbesserung des Lebens – für das Gesundheitswesen, für die Wohnungsversorgung, für Bildung und Umweltschutz – und sich nicht dagegen wehrt, dass die Mittel für Aufrüstung und Tod verschleudert werden sollen, der stellt sich auch gegen die Interessen der Beschäftigten und der Patienten.

„Weiter so“ heißt zuzuschauen, wie die Krankenhäuser an die Wand gefahren werden.

Auch die politisch Verantwortlichen der Stadt, die Fraktionen und der Oberbürgermeister können schwerlich für sich in Anspruch nehmen, dass sie ‘...den Nutzen ihrer Bevölkerung mehren und Schaden von ihr wenden ...’, wenn sie sogar noch damit einverstanden sind, dass die Mittel für Aufrüstung missbraucht werden, sehenden Auges, dass das Geld nicht gedruckt, sondern in den nächsten Jahren durch noch größere Einsparungen in den Sozialhaushalten finanziert wird, dann, wenn die Bundeswehr in der Lage sein würde, mit den tollen neuen Waffen in der ganzen Welt Kriege zu führen und Tod zu generieren.



Claudia hat für unser Bündnis folgende Rede auf der Eröffnungskundgebung des DGB gehalten:



1. Mai 2022

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es hat sich nichts geändert, gar nichts,

trotz dem ganzen Geklatsche, den kümmerlichen Einmalzahlungen und dem folgenlosen Geschwätz von den systemrelevanten Berufen.

Auch mit dieser Regierung müssen wir Beschäftigte im Gesundheitswesen einmal mehr und **mehr denn je** die katastrophalen Zustände in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen anklagen. Bis heute bleiben unsere Mindestanforderungen für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung und erträgliche Arbeitsbedingungen unerfüllt. Immer noch orientieren sich Gesundheit und Pflege an den Marktgesetzen, also der Gewinnmaximierung. Es ist ein krankes System, getrieben von Profitwahnsinn in der Medizin mit der Folge eines hausgemachten Fachkräftemangels.

Heute bereiten sich unsere Kolleg*innen an den Uni-Kliniken in NRW auf einen unbefristeten Streik vor. Ihr Ziel ist ein Entlastungstarifvertrag.

Heute endet ihr 100-tägiges Ultimatum, das sie, als Notruf verstanden, an die politisch Verantwortlichen gestellt hatten für die Aufnahme von ernstzunehmenden Verhandlungen.

Die Kampfbereitschaft unserer Kolleg*innen ist enorm. Morgen wird verdi das Ergebnis der Urabstimmung bekanntgeben.

Ein streikbereiter Kollege aus Essen zieht das Fazit „Die Arbeitgeber hatten ihre Chance auf einen Wandel, d.h. nicht mehr den letzten Tropfen aus der Zitrone auszupressen, sie haben sie nicht wahrgenommen und jetzt werden wir das selber in die Hand nehmen.“

Der Streik der tausenden Beschäftigten in allen Berufsgruppen an den 6 Unikliniken in NRW ist auch unser Kampf. Sie haben unsere volle Solidarität!

Auch wir sagen der neuen Bundesregierung: **Es reicht!** Genug rumgeh**AMPELT**. Wir müssen und werden das jetzt in unsere eigenen Hände nehmen.

Und wir wissen, dass es geht: Bundesweit wurden schon in 16 Kliniken Entlastungstarifverträge erkämpft und erstreikt, der letzte erst 2021 nach langen Arbeitskämpfmaßnahmen an der Berliner Charité und den dortigen kommunalen Vivantes Kliniken.

Entlastungstarifverträge sind dabei nur das absolute Minimum.

Wir brauchen sie, damit wir unsere Patient*innen umfassend und nach hohen medizinischen und menschlichen Ansprüchen versorgen können.

Aber die Realität, die uns und den Patient*innen heute noch zugemutet wird, ist eine ganz andere: Es ist eine täglich praktizierte Form der Triage nach dem Motto: Wem hilft man zuerst, und wem nicht, wen lässt man liegen, wessen Klingel wird überhört. Der Personalmangel zwingt die Kolleg*innen ständig zu entscheiden, welche eigentlich notwendige pflegerische Handlung sie gerade nicht vornehmen können. Und glaubt mir, das ist keine leichte Entscheidung, das macht einen fertig. Ich erlebe das täglich.

Wir brauchen dringend eine andere Gesundheitspolitik!

Wir brauchen endlich ein Gesundheitssystem, das bedarfsgerecht finanziert und damit auch an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Beschäftigten orientiert ist und **eben nicht** an Gewinn und Profit. In den zwei Jahren der Pandemie gab es keinerlei nachhaltige Investitionen in Krankenhäuser und Pflege. Stattdessen gingen die Klinikschließungen weiter, Pandemie hin oder her.

Doch jetzt werden über Nacht 100 Milliarden Euro für ein Sondervermögen **zur** Aufrüstung rausgehauen. Und zusätzlich sollen jährlich weitere zig Milliarden in Waffen verschleudert werden. Geld ist also genug da.

Ich frage euch: Wieviele Pflegekräfte könnten von dieser Summe finanziert werden?

- 200.000 Pflegekräfte für 10 Jahre mit einem Grundgehalt von 4000 Euro!

Wir fordern deshalb hier und heute ein Sondervermögen für Pflege und Gesundheit!

Und darüber hinaus auch eine Grundgesetzänderung für ein humanes Gesundheitswesen, damit in Deutschland der Reichtum für ein besseres Leben für alle verwendet wird und nicht für Militär und Tod!

Selten war es so wichtig und notwendig wie in diesem Jahr, am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiter*innen, auf die Straße zu gehen. Zwei Jahre Pandemie haben die Gesellschaft ermüdet und reif gemacht für viele neue Projekte:

- Die Umverteilung von unten nach oben wurde vorangetrieben, ein Großteil der Superreichen konnte ihr Vermögen verdoppeln
- Den Gürtel enger schnallen, frieren gegen Putin, zieht euch warm an. Das wird uns jeden Tag suggeriert. Aber wir sitzen eben nicht alle in einem Boot!

Wir sagen **nein** zu einer Politik der Sozial- und Rentenkürzungen, der unvermindert anhaltenden Klinikschließungen, einer Krisenpolitik mit den jetzt aktuellen Preissteigerungen, die in Wahrheit ein Raubzug auf Kosten der vielen armen Menschen ist, die jetzt mit steigender Inflation noch ärmer werden.

Wir sagen **nein** zu einer Politik, die den Profit voranstellt, vor Umweltschutz, vor Bildung, vor eine Da-seinsvorsorge, die ihren Namen auch verdient.

Sie sagen Sicherheit - sie meinen den eigenen Profit. Der Börsenkurs von Rheinmetall ist in einem gigantischen Höhenflug!

Sie sagen Verteidigung von Freiheit und reden von Frieden - und meinen Aufrüstung und Krieg. Diese vorherrschende Kriegslogik muss durch eine mutige Friedenslogik ersetzt werden.

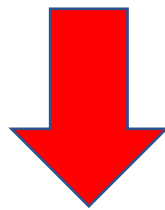
Stehen wir auf gegen den Krieg! Das ist nicht unser Krieg!

Setzen wir uns stattdessen ein für eine globale Friedensarchitektur unter Einschluss Russlands und Chinas!

Lasst uns zusammenstehen, für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit!

Aktionen in Karlsruhe

12.Mai – Tag der Pflegenden



<p>Wir fordern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Flächendeckende tarifliche Bezahlung für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen 2. Dauerhaft höhere Löhne 3. Eine 35-Stunden-Woche 4. Verbindliche, bedarfsgerechte Personalschlüssel 5. Versorgung orientiert am Bedarf, nicht am Profit 6. Stopp von Krankenhausschließungen 7. Kostendeckende Finanzierung statt Fallpauschalen 8. Anerkennung von Pflege- und Sorgearbeit – egal ob privat oder professionell 9. Geschlechtergerechte Verteilung von Care-Arbeit 	<p>Wir setzen uns ein für solidarisches Gesundheitssystem ohne Profitlogik!</p> <p>Aktionen zum internationalen Tag der Pflegenden am 12.05.22!</p> <p>12:00 Uhr Aktive Mittagspause der Beschäftigten am Städtischen Klinikum Karlsruhe vor Haus M</p> <p>15:00 Uhr Marsch der Pflegenden (Start am Ludwigsplatz Karlsruhe)</p> <p>17:00 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz</p> <p>19:00 Uhr Film und Diskussion zur Berliner Krankenhausbewegung (Ver.di Haus, Rüppurer Straße 1)</p> <p>So erreicht ihr uns</p> <p>Wir treffen uns jeden ersten Mittwoch im Monat um 18:00 Uhr im Verdi-Haus!</p> <p>Instagram: krankenhaus_statt_fabrik.ka Facebook: fb.com/KrankenhausstattFabrik Website: www.krankenhaus-statt-fabrik-karlsruhe.de E-Mail: krankenhaus.statt.fabrik.karlsruhe@posteo.de</p>	<p>12. Mai 2022</p> <p>Internationaler Tag der Pflegenden</p>  <p>Für ein solidarisches Gesundheitssystem ohne Profitlogik!</p> <p></p>
--	---	--

Genug rumgehAMPEL!

Auch nach zwei Jahren Corona-Pandemie hat sich die Lage für Beschäftigte im Gesundheitswesen nicht verbessert – obwohl die Arbeitenden in allen Bereichen maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die pandemische Lage beherrschbar war, wird diese Leistung nicht gewürdigt.

Warum Krankenhäuser die Pflegekräfte ausgehen

Gründe für negative Stellenprognose in der Pflege (in %)



Abweichung von 100% aufgrund von Rundungsdifferenzen.
Basis: 157 Krankenhäuser ab 100 Betten mit negativer Stellenprognose in Deutschland, Mai/Juli 2021
Quelle: Deutsches Krankenhausinstitut



statista

Ampelkoalition? Steht für leere Versprechungen!

Es werden ausschließlich Trostpflaster im Rahmen von Prämien verteilt, bei denen viele Beschäftigte leer ausgehen. Dabei wird gute Arbeit zunichte gemacht, denn selbst in Krankenhäusern, in denen eine Prämie gezahlt wird, wurden Berufsgruppen außerhalb der Pflege ausgeschlossen.

Von Beschäftigten im Rettungsdienst,

in Psychiatrien, in Reha-Kliniken oder der Behindertenhilfe ganz zu schweigen.

Dass die „Fort-schrittskoalition“ aus SPD, Grünen und FDP nun 100

Milliarden in die Aufrüstung der Bundeswehr steckt, zeigt, dass nie das Geld gefehlt hat, sondern immer nur der Wille zur Veränderung.



Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst

Aber nicht nur die Pflege ist hier betroffen, es trifft alle sozialen Bereiche: Im Moment haben wir die zweite Verhandlungsrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst. Diese musste trotz bescheidener Forderungen ergebnislos verhandelt werden.

Dass diese Beschäftigten hier für bessere Arbeitsbedingungen streiken müssen, während Geld für die Bundeswehr da ist, zeigt, was in diesem System zählt:

Profit und Aufrüstung und nicht die Erziehung und Pflege.



Doch uns reicht's!

Wir sagen, genug rumgehAMPEL!

Es braucht endlich eine Entlastung für die Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime!



Es muss klar sein:

Ohne eine Verbesserungen der Bedingungen für die Arbeitenden im Gesundheitswesen wird sich der Pflegemangel massiv verschärfen und zu großen Versorgungsproblemen führen.



Gesundheitseinrichtungen gehören zur Daseinsfürsorge, Markt und Wettbewerb haben hier nichts verloren. Daher braucht es einen bedarfsorientierten Umbau des Gesundheitswesens unter Beteiligung der Bürger*innen.

DO. 12. MAI 2022 19 UHR
VER.DI-HAUS
RÜPPURERSTR. 1A
76137 KARLSRUHE

«Ohne uns geht gar nix!»
Der lange Arbeitskampf der
Berliner Krankenhausbewegung

FILM UND DISKUSSION MIT:
ANJA VOIGT UND CHRISTINA ZACHARIAS

ROSA
LUXEMBURG
CLUB
KARLSRUHE

ver di

Fachbereich Gesundheit,
Soziale Dienste, Bildung
und Wissenschaft
Bezirk Mittelhessen-
Nordischwarzwald



Krankenhaus
statt Fabrik
Karlsruhe

Herausgeber dieses Newsletters ist das Bündnis Krankenhaus statt Fabrik Karlsruhe. Wenn Sie diese Informationen nicht wünschen, antworten Sie bitte auf diese E-Mail mit der Betreffzeile ‚abmelden‘. Ihre E-Mail-Adresse wird umgehend aus dem System entfernt.

Wir sichern Ihnen darüber hinaus zu, dass wir Ihre Adresse ausschließlich zur Übermittlung unserer Informationen nutzen und sie in keinem Falle an andere Organisation oder Firmen weitergeben.

viSdP: M. Matzerath, Welfenstr. 2a, 76137 Karlsruhe

erschienen: 10.05.2022

Kontakt: www.facebook.com/KrankenhausstattFabrik

email: Krankenhaus.statt.Fabrik.KA@posteo.de

homepage: <https://krankenhaus-statt-fabrik-karlsruhe.de>